

Die EVP im Nationalrat

- Mitgestaltung in den Fraktionen

«Ich habe unsere seinerzeitige Demokratische und Evangelische Fraktion in guter Erinnerung. Unsere gemeinschaftliche Arbeit war getragen vom Willen, auch als kleine Fraktion am politischen Geschehen, insbesondere in den eidgenössischen Räten, aktiv mitzuwirken. Die guten persönlichen Beziehungen waren Grundlage einer erspriesslichen Zusammenarbeit. Gegenseitige Wertschätzung, Achtung, Respekt und freundschaftliche Verbundenheit bildeten auch bei gelegentlichen Meinungsverschiedenheiten Richtmass.

Meine damaligen Fraktionskollegen habe ich sehr geschätzt und in bester Erinnerung behalten Sie waren mir offene, tolerante, ehrliche und grundsatztreue Kameraden und Wegbegleiter.»

Leon Schlumpf, Bundesrat 1979-1987

7. Februar 2008

1. Die Parlamentsfraktion – eine Chance zur politischen Mitgestaltung

Was ist eine Fraktion in einem Parlament? Warum ist sie für uns als EVP wichtig? Welche Erfahrungen haben wir gemacht? Warum arbeiten wir mit diesen und nicht mit jenen zusammen? Diese und ähnliche Fragen werden verständlicherweise immer wieder gestellt. Diese kleine Schrift zeigt auf, in welchen Fraktions-Formationen die EVP-Nationalratsmitglieder tätig waren und sind. Wie sind die Arbeitsformen? Welche Instrumente stehen zur Verfügung? Als junger Zentralsekretär der EVP Schweiz war ich 1971 bei den Beratungen über den ersten Fraktionswechsel dabei. Seither durfte ich das Geschehen der EVP-Nationalratsmitglieder im Bundeshaus mitverfolgen und während acht Jahren aktiv mitgestalten Jetzt bin ich interessierter Beobachter.

Für die EVP bleibt selbstverständlich das Ziel, eigene Fraktionsstärke (fünf Sitze) zu erreichen. Dass die Zusammenarbeit mit anderen Parteien in einer gemeinsamen Fraktion keineswegs eine Notlösung, sondern eine grosse Chance zur parlamentarischen Mitgestaltung ist, dies wollen die folgenden Ausführungen sichtbar machen. Der in der Zwischenzeit verstorbene alt Bundesrat Leon Schlumpf war gerne bereit, dies Zusammenarbeit in der ersten Fraktion, in welcher die EVP-Nationalräte mitwirkten, kurz zu beschreiben.

Heiner Studer

2. Die Fraktion – ein wichtiges Instrument im Parlamentsbetrieb

Der Nationalrat hat 200 Mitglieder. Diese gehören unterschiedlichsten Parteien an. Um die Ratsgeschäfte vorzubereiten gibt es vorberatende Kommissionen. Früher wurden die meisten Geschäfte in Spezialkommissionen vorberaten. Seit Jahren liegt das Schwergewicht bei den ständigen Kommissionen. Der Nationalrat und der Ständerat haben 11 ständige Kommissionen. Die nationalrätlichen Kommissionen zählen 25 Mitglieder. Eine Besonderheit ist die Gerichtskommission. Diese setzt sich aus 17 Mitgliedern, d.h. 12 Mitgliedern des Nationalrates und 5 des Ständerates

zusammen; in dieser Kommission hat jede Fraktion das Recht auf einen Sitz. Das Büro des Nationalrates kann in Ausnahmefällen Spezialkommissionen einsetzen.

Wer im Nationalrat sitzt, muss das vitale Interesse haben, Mitglied zumindest einer Kommission zu sein. Für die Vorberatung haben die Kommissionen ein erhebliches Gewicht. Zudem zeigt die Erfahrung, dass es bei guten Ideen die rascheste Möglichkeit ist, Anträge in den zuständigen Kommissionen einzubringen

Fraktion bedeutet, Teil eines Ganzen zu sein. In den demokratischen Staaten gibt es in den Parlamenten Fraktionen. Hauptaufgabe der Fraktionen ist es, die Ratsgeschäfte vorzubereiten. Sie haben das Recht, verschiedene Formen von Vorstössen sowie Anträge einzureichen. Die Fraktionen haben je ein Sekretariat. In der Legislaturperiode 2003-2007 erhielt jede Fraktion unabhängig von ihrer Grösse jährlich Fr. 92'000.00 als Grundbeitrag und Fr. 17'000.00 pro Fraktionsmitglied. Diese Ansätze wurden später angepasst. Fraktionslose gehen leer aus.

Das Büro ist die Ratsleitung des Nationalrates. Diesem gehören an: Präsident/in, die beiden Vizepräsident/innen und vier Stimmzähler/innen. Zudem gehören dem Büro die Fraktionspräsident/innen resp. ihre Stellvertreter/innen an. Damit ist jede Fraktion im Leitungsorgan des Nationalrates vertreten.

Was die Bildung der Fraktion betrifft, hält Art. 60 des Bundesgesetzes über die Bundesversammlung fest, dass sich diese aus den Mitgliedern gleicher Parteizugehörigkeit zusammensetzen. Angehörige unterschiedlicher Parteien und Parteilose können, sofern sie eine ähnliche politische Ausrichtung haben, eine Fraktion bilden. Eine Fraktion kann gebildet werden, wenn ihr aus einem der beiden Räte mindestens fünf Mitglieder beitreten. Die EVP hatte seit ihrem Bestehen aufgrund des Wahlrechtes, das ihr keine korrekte proportionale Vertretung ermöglicht, nie mehr als drei Mitglieder. Somit hatten die EVP-Nationalratsmitglieder die Möglichkeit, mit anderen eine Fraktion zu bilden oder als Fraktionslose ein Mauerblümchendasein zu fristen.

Welche Vorteile hat man, wenn man fraktionslos ist? Man kann die eigene Meinung unabhängig bilden und muss auf niemanden Rücksicht nehmen. Das ist alles. Wer fraktionslos ist, kommt im Rat kaum zum Wort. Insbesondere bei Volksinitiativen kann man sich frei zu Wort melden. Dazu gibt es gewisse Debatten, bei denen den Fraktionslosen insgesamt fünf Minuten Redezeit eingeräumt wird. Im Präsidentschaftsjahr 2006/2007 gab Nationalratspräsidentin Christine Egerszegy allen Fraktionslosen jeweils pro Session zu einem gewünschten Geschäft fünf Minuten Redezeit. Fraktionslose wie z.B. die Vertretung der PdA, stellten bei gewissen Geschäften z.B. Nichteintretens- oder Rückweisungsanträge, um so zu Redezeit zu gelangen. Es entspricht nicht dem EVP-Stil, aus Prinzip Opposition zu markieren, lediglich, um reden zu können.

3. Die EVP – zuerst fraktionslos im Nationalrat

Die EVP nahm im Jahr 1919 mit der Einführung der Proporzwahl des Nationalrates erstmals Einsitz in der Volksvertretung. Von 1919 bis 1939 vertrat Hans Hoppeler, geb. 1879, die EVP des Kantons Zürich im Bundeshaus in Bern. Der Arzt und Schriftsteller war ein scharfzüngiger, aber auch humorvoller Politiker. Für ihn war es naheliegend, fraktionslos zu bleiben.

Nach dem Mandatsverlust nach dem Rücktritt von Hans Hoppeler im Jahr 1939 konnte der Sitz vier Jahre später, 1943, zurückerobert werden. Gewählt wurde der beratende Ingenieur Paul Zigerli, 1883-1956, Sein Postulat 1943 «Rettet die Gewässer» gab den Anstoss zu einem Artikel in der Bundesverfassung zum Gewässerschutz und zum ersten Bundesgesetz über den Gewässerschutz. Er schloss sich nach acht Jahren der Fraktion der Demokraten an.

4. Die Demokratische und Evangelische Fraktion, 1951 bis 1971

Von 1951 bis 1971 bestand die Demokratische und Evangelische Fraktion der Bundesversammlung. Bereits im Jahr 1947 gehörte der damals einzige EVP-Kantonsrat im Züricher Kantonsparlament, Paul Gysel, der Fraktion der Demokraten an. Wie Paul Gysel, der spätere Stadtpräsident von Adliswil, erster EVP-Kantonsratspräsident im Kanton Zürich, und Präsident der EVP Schweiz, mir sagte, fühlte er sich bei den 21 Demokraten im Kantonsrat sehr wohl. Als im Jahr 1975 im Bezirk Affoltern auf einer gemeinsamen Liste der Demokrat Hans Nägeli in den Kantonsrat gewählt wurde, war er mit 13 EVP-Vertretern in der gleichen Fraktion; er war da gerne mit dabei. Dieser Vergleich zeigt deutlich, dass die Demokraten, Gründer des modernen Kantons Zürich im Jahr 1867, im Niedergang begriffen und die EVP im Kommen war.

Die Demokraten waren wie die EVP lange Zeit eine ausschliesslich deutschschweizerische Partei. Ihr Schwergewicht lag neben dem Kanton Zürich in den Kantonen Graubünden und Glarus. Die Demokraten waren im eigentlichen Sinne eine Partei der Mitte. Die Angestellten fühlten sich von ihr vertreten, aber auch Gewerbetreibende und Landwirte. Sie waren links von den Freisinnigen angesiedelt und unideologisch eine Volkspartei. Ihre Mitglieder waren grösstenteils evangelisch-reformiert. Dies und auch die Tatsache, dass die Demokraten viele profilierte Politiker stellten, machten sie zur naheliegenden Partnerin der EVP. Wie oben erwähnt, verloren die Demokraten im Kanton Zürich immer mehr an Boden. Dazu trug gewiss auch das Erstarken des Landesrings der Unabhängigen bei.

Die Demokraten waren auf Bundesebene eine kleine Fraktion. Das gab den EVP-Vertretern die optimale Basis für die Zusammenarbeit. In den Kantonen Graubünden und Glarus war sie eine starke, einflussreiche Regierungspartei. Aus beiden Kantonen war jeweils ein Demokrat Mitglied des Ständerates. Damit hatte die Fraktion Einwirkungsmöglichkeiten in beiden Kammern des Bundesparlamentes. Der über Jahrzehnte überragende Mann bei den Bündner Demokraten war Nationalrat Andreas Gadiant, Vater des späteren National- und Ständerates Ulrich Gadiant, und Grossvater der ehemaligen Bündner Nationalrätin Brigitta Gadiant.

Nach den Wahlen von 1967 hatten die Demokraten je einen Ständerat aus den Kantonen Glarus und Graubünden und zwei Nationalräte aus dem Kanton Graubünden und einen aus dem Kanton Zürich. Die Nationalratsdelegation der Fraktion bestand somit aus je die Demokraten und 3 Vertretern der EVP. Dies stärkte die EVP-Präsenz. Aufgrund ihrer Abwärtsbewegung schlossen sich die Demokraten des Kantons Zürich auf das Wahljahr 1971 den Freisinnigen an. Die Glarner und Bündner Demokraten bildeten gemeinsam mit der damaligen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) die in jenem Jahr neu gegründete Schweizerische Volkspartei (SVP). Die BGB rutschte im Jahr 1967 national knapp auf unter 10% der gesamtschweizerischen Wählergunst. Sie unternahm deshalb erfolgreich den Versuch, in neue Kantone vorzudringen. Was lag da näher als die Demokraten in zwei Kantonen, in denen sie nicht vertreten war, für die neue Partei zu gewinnen. Die neue SVP hätte gerne auch die Liberalen und die EVP unter ihre Fittiche genommen. Die BGB lud im Frühjahr 1971 alle drei Parteien zu Zusammenschlussgesprächen ein. Als Zentralsekretär der EVP Schweiz verfasste ich einen unmissverständlichen Absagebrief und sandte ihn zur Mitunterzeichnung an den Präsidenten der EVP Schweiz, Willy Sauser. Es war das einzige Mal, dass er einen meiner formulierten Briefe nicht unterschrieb, sondern eine neue, ebenfalls klare Fassung wählte. Mir gegenüber sagte der im Kanton Zürich tätige Berner Willy Sauser, ich hätte in der Sache völlig recht, doch für diese «Chnorzi» in der BGB müsse man es etwas ründer formulieren, sonst würden sie sich zu sehr erschrecken. Als Willy Sausers mildere Fassung die BGB erreichte, tat die Parteileitung dennoch brüskiert. Auf ihre diesbezügliche Rückmeldung sagte ihnen Willy Sauser schmunzelnd: Ihr könnt froh sein, dass Ihr meine Version bekam und nicht diejenige des Zentralsekretärs, dann hättet Ihr Grund zur Aufregung

gehabt. Willy Sauser war mein erster Chef, mir politisch und menschlich ein grosses Vorbild und bei gut 40 Jahren Altersunterschied bis zu seinem Tod im Alter von mehr als 96 Jahren ein echter Freund.

Als Namen für die neue Fraktion ab Legislaturperiode 1971 bis 1975 standen auf Vorschlag der SVP Bezeichnungen mit «Zentrum» und «Mitte» im Vordergrund. Die SVP des Jahres 1971 zielte Richtung Mitte. Seit Jahren steht sie erfolgreich für teilweise ganz andere politischen Welten und vor allem auch für sehr gegensätzliche Politstile. Für die EVP ging es damals nur um die Frage der Mitwirkung in einer neuen Fraktion. Für die Demokraten ging es um die Frage, ob sie in einer neuen Partei aufgehen wollten. Die Demokratische und Evangelische Fraktion listete an einer Sitzung die Vor- und Nachteile einer kleinen und die Mitarbeit in einer grossen Fraktion auf. Heinrich Schalcher (ZH) sagte mir nach jener Sitzung er hätte in der Diskussion gefolgert, dass alles für die Weiterführung der bestehenden Fraktion spreche, ausser, wenn jemand an jenem Fraktionstisch den Wunsch hätte, Bundesrat zu werden. Demokratischer Bündner Nationalrat war damals Leon Schlumpf, später Ständerat, Preisüberwacher und Bundesrat. Dass seine Tochter, Eveline Widmer-Schlumpf, gegen den Willen der späteren Führung der SVP Bundesrätin wurde, führte dazu, dass die SVP schliesslich die für sie 1971 so wichtige Kantonalpartei Graubünden ausschloss.

Nach ihrer Auflösung traf sich die ehemalige Demokratische und Evangelische Fraktion zu einem Ausflug, an dem ich auch teilnehmen konnte. Mit dabei war Arno Theus (GR), früherer er über die verloren gegangene Fraktion Luft und betonte, dass er mit der neuen Partei nichts zu tun haben wolle.

5. Liberale und Evangelische Fraktion, 1971 bis 1979

Nach den Wahlen von 1971 hatten sich die drei wiedergewählten Nationalräte der EVP neu zu orientieren. Die Liberaldemokratische Fraktion lud zum Mitmachen in ihrer Fraktion ein. Die neu konstituierte SVP-Fraktion meldete sich. Otto Zwygart senior (BE) berichtete ihm, Bundesrat Rudolf Gnägi hätte sich bei ihm gemeldet: «Ihr ghöret och zu üs.» Willy Sauser erhielt einen Telefonanruf vom Fraktionspräsidenten der CVP-Fraktion, Kurt Furgler, der kurz darauf als Bundesrat gewählt wurde. Nachdem sich die Konservativ-christlichsoziale Partei im Jahr 1971 in Christlichdemokratische Volkspartei umbenannte, war das Interesse, evangelische Nationalräte in die Fraktion aufzunehmen, ernsthaft da. All dies zeigt, dass die EVP-Nationalräte ernst genommen wurden.

Bei der EVP entscheiden jeweils die gewählten Parlamentsmitglieder, mit wem sie zusammengehen wollen. Allerdings besprechen sie die Optionen mit den Parteigremien. Nach den Wahlen von 1971 waren sich Nationalräte und Zentralvorstand einig, dass eine Mitgliedschaft in einer Bundesratsfraktion nicht in Frage kam und dass eine Mitwirkung in einer kleineren Fraktion anzustreben war. Damit kam die Liberale und Evangelische Fraktion zustande.

Zu dieser Fraktion äusserte sich Hans Oester (ZH), 1978 bis 1990 im Rat, wie folgt: «Dass grösstenteils (gescheit) Französisch gesprochen wurde, habe ich genossen und als willkommene Bereicherung empfunden. Ausser dem allseits (und zu Recht) hoch geschätzten Doyen des Nationalrates, Peter Dürrenmatt (BS) gehörten fast alle liberalen Kollegen der gebildeten protestantischen Führungsschicht der welschen Stände GE, NE und VD an: Regierungsrat, Chefredaktor, Arzt, neben Rebbauer und Gross-Landwirt). Gewisse Mentalitätsunterschiede gegenüber uns Deutschschweizer EVPlern kamen etwa darin zum Ausdruck, dass manche Vorlagen einfach durchgewunken wurden, während wir sie in der Fraktion gebührend vorgestellt und diskutiert hätten. Das galt besonders für die Geschäfte im Bereich der Landesverteidigung Da galt das Motto: Les crédits militaires ne se discutent pas – ils se votent! (Ueber Kredite für das Militär diskutiert man nicht – man stimmt ihnen zu!). Das hat gelegentlich Heiri Schalcher etwas Mühe bereitet: unseriös. Inhaltlich gab es vor allem

in Fragen wie Umweltschutz, Förderung des öffentlichen Verkehrs oder alternativer Energien grosse Differenzen. Allerdings stimmte die Genfer National- und dann Ständerätin Monique Bauer-Lagier immer mit der EVP. Ich erinnere mich gut, wie sie mir gegenüber ihr grosses Bedauern äusserte, als die EVP-Vertreter die Fraktion wechselten.»

Hans Oester betont weiter folgendes: «Nicht ganz deckungsgleich war die Haltung gegenüber dem Bund: Die erzföderalistischen welschen Liberalen standen zwar gerne und selbstverständlich am Topf mit dem (Subventions-)Manna des Bundes. Aber in jeder Bundesvorschrift oder -Auflage erkannten sie den bösen gleichmacherischen Monsieur le Bureau de Berne. Da die Liberalen Individualisten waren, war es für beide Fraktionspartner kein Problem, immer wieder gegenläufig zu stimmen. Die Liberalen waren damals auch im Ständerat vertreten, womit die Verbindung zu beiden Kammern gesichert war. Die Liberalen gingen – mit Ausnahme von BS – schliesslich in der FDP auf.

Diese Fraktionsgemeinschaft hatte innerhalb und ausserhalb der EVP Befürworter und Gegner. Da sich die Liberalen und die EVP geografisch nur in BS ins Gehege kamen, war dies für die einen eine ideale Kombination. Andere empfanden die Zusammenarbeit mit einer in vielen Fragen rechts stehenden Partei als Problem.

6. Die Unabhängige und Evangelische Fraktion (LdU/EVP), 1979 bis 1999

Am Tag nach den Nationalratswahlen 1979 vertrat ich als Vizepräsident die EVP Schweiz an einer Nachwahlsendung des Schweizer Fernsehens. LdU-Nationalrat Walter Biel, lange Jahre eine der zentralen Persönlichkeiten dieser Oppositionspartei, sprach mich im Anschluss mit dem Gedanken an, es wäre doch sinnvoll, wenn die EVP-Nationalräte in seine Fraktion wechseln würden. Das Gespräch wurde auf beiden Seiten weitergeführt. Die EVP-Nationalräte wechselten schliesslich die Fraktion, was zur Unabhängigen und Evangelischen Fraktion führte. Schliesslich wurde daraus eine zwanzigjährige Fraktionsgemeinschaft. Während der LdU 1979 noch eine zahlenmässig kräftige Fraktion war, bestand sie in der Legislaturperiode 1995 bis 1999 aus drei Mitgliedern des Landerings der Unabhängigen und zweien der EVP.

Max Dünki (ZH), 1983 bis 1999, war während seiner ganzen Amtszeit Mitglied dieser Fraktion. Von 1995 bis 1999 amtierte er, obwohl die Minderheit vertretend, als Fraktionspräsident und war damit Mitglied des Büros des Nationalrates. Max Dünki über seine Erfahrungen: «Diese Fraktionsgemeinschaft habe ich als ideal und für die EVP, unter Berücksichtigung der damaligen politischen Verhältnisse, als bestmögliche Lösung erlebt. Nur die Bildung einer eigenen Fraktion hätte der EVP noch mehr Vorteile gebracht.» «

Aus seiner langjährigen Erfahrung war ihm folgendes besonders wichtig: «Die EVP-Vertreter wurden als gleichwertige Partner voll anerkannt (gleiche Rechte, gleiche Pflichten). Uns wurden viel mehr Kommissionsmitgliedschaften zugeteilt als wir proportional Anrecht hatten. Während vieler Jahre amtierte ich in der Geschäftsprüfungskommission als einer der Subkommissions-Präsidenten. Wir hatten zahlreiche Gelegenheiten, im Plenum das Wort zu ergreifen. Dabei wurde der Name LdU/EVP immer erwähnt. Die EVP-Mitglieder durften jederzeit in eigenem Namen oder im Namen der Partei parlamentarische Vorstösse einreichen. Wenn bei einzelnen Sachgeschäften unterschiedliche Meinungen zwischen den Positionen des LdU und der EVP bestanden haben, wurde den EVP-Vertretern immer das Recht zugestanden, die Hälfte der Redezeit zu beanspruchen um ihren spezifischen EVP-Standpunkt einzubringen. Mit der Unterstützung des langjährigen Fraktionspräsidenten Sigmund Widmer, dem langjährigen Zürcher Stadtpräsidenten, konnten wir fast immer rechnen, da er in vielen Bereichen eine ähnliche Grundhaltung wie wir einnahm.» Sigmund Widmer erklärt mir damals, er schätze die EVP-Vertreter in der Fraktion, einmal aus dem von Max

Dünki erwähnten Grund der inhaltlichen Übereinstimmung in vielen Fragen, aber auch weil die EVP-Nationalräte sachbezogen argumentieren und an den Fraktionssitzungen nur das Wort ergreifen würden, wenn sie tatsächlich etwas zu sagen hätten.

Max Dünki: «Mir hatte die LdU/EVP-Fraktion ermöglicht, in zwei Parlamentarischen Untersuchungskommissionen mitzuwirken. Ich war in der PUK zur besonderen Klärung von Vorkommnissen von grosser Tragweite im Eidg. Militärdepartement und in der PUK über die Organisations- und Führungsprobleme bei der Pensionskasse des Bundes. Persönlich stelle ich mit grosser Dankbarkeit fest, dass nur die Zugehörigkeit zur markanten und bestens bekannten LdU/EVP-Fraktion mein erfolgreiches Wirken im Bundeshaus möglich macht.»

Hans Oester (ZH), 1978 bis 1990, hält zu seiner Mitarbeit in der LdU-EVP-Fraktion insbesondere folgendes fest: «Die gut 10jährige Mitarbeit in der LdU-EVP-Fraktion habe ich mehrheitlich in guter Erinnerung. Erleichtert wurde uns die Zusammenarbeit mit den Unabhängigen durch den Umstand, dass wir menschlich meist gut harmonierten und in manchem wichtigen Bereich der Politik gleiche oder ähnliche Positionen vertraten. So im Umweltschutz, in der Verkehrs- und Energiepolitik (teilweise) und meist auch in Fragen der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Positionen einer vernünftigen, vorausschauenden Politik der konsensfähigen Mitte. Bei der gelegentlich dominierenden, oft kurzsichtigen, auf materielle Vorteile ausgerichteten Verbands- und Sonderinteressenpolitik haben wir mit dem LdU Gegensteuer gegeben; bei der Agrar- und Gewerbepolitik etwas weniger resolut als die LdU-Exponenten. Während sich die Fraktion mir gegenüber mit der Ueberlassung des Sitzes in der Militärkommission und des Präsidiums (für zwei Jahre) der Petitions- und Gewährleistungskommission wohlwollend und grosszügig gezeigt hat, kam ich mir bei wirtschafts- und finanzpolitischen Vorlagen völlig ignoriert vor. Wissen und Sachverstand in diesen zentralen Fragen der Bundespolitik wurde stillschweigend nur den mit gesundem Selbstbewusstsein und guten Ellbogen ausgestatteten Kollegen Walter Biel und Franz Jäger zugebilligt. Da half mir mein Oekonomiestudium und der Dr.oec. nichts.»

Otto Zwygart junior (BE), 1983 bis 2000, machte im Gegensatz zu Max Dünki und Hans Oester, welche im Kantonsrat in einer eigenen EVP-Fraktion politisierten, seine ersten Erfahrungen als Berner Grossrat in der SVP-Fraktion: «Wir waren drei EVP-Grossräte in der SVP-Fraktion mit total 82 Mitgliedern bei 200 Grossräten. Die Fraktion war selbstverständlicherweise aufgeteilt in Landesteilfraktionen. In den Untergruppen wurde gewisse Geschäfte vorbesprochen, so z.B. regionale Anliegen und (Richter-)Wahlen. Und es ging so: Man hörte vom Präsidenten meist, der Mann sei bestimmt. Nur wisse er noch nicht wer. Das wurde in einem geheimen Zirkel bestimmt. Da erfuhr ich Ancien régime pur. In der Gesamtfraktion hiess es bei wichtigen Geschäften: Der Fraktionsvorstand hat so und so entschieden. Die Begründung lieferte meist der Parteisekretär (damals der spätere Regierungsrat Peter Schmid). Nach diesen Erfahrungen im Grossen Rat war für mich der Einstieg im Bundesparlament wie der Spaziergang auf einer blühenden Wiese, statt der Gang durch einen frostigen Winterwald. Es war ein Geben und Nehmen und wir wurden gefordert: Man erwartete Stellungnahmen und nicht Kopfnickertum. Man erwartete Mitarbeit. Mit klopfte die aktuellen Themen nach Möglichkeiten der politischen Agitation ab. Der Fraktionssekretär war ebenso im Dienst von uns wie der LdU-Mitglieder. Bei der Kommissionssitzuteilung wurde fast immer auf unsere Wünsche und Fähigkeiten Rücksicht genommen. Dank den finanziellen Möglichkeiten konnten Themen wissenschaftlich untersucht werden, wie z.B. die Entwicklung und Zukunft der Sozialwerke Ende der Achtzigerjahre, also lange bevor das Bewusstsein über die sich verändernde Bevölkerungsstruktur wahrgenommen wurde. Was die politische Arbeit auch bereicherte und oft erleichterte, war die Vertretung durch Monika Weber (LdU)/ZH) im Ständerat.

7. Die Evangelische und Unabhängige Fraktion, 1999 bis 2003

Im Jahre 1999 gewann die EVP erstmals einen Sitz im Kanton Aargau und hatte damit wieder drei Nationalräte. Der LdU war nur noch mit einem Sitz, Roland Wiederkehr (ZH), im Rst vertreten. Weil dies zur Fraktionsbildung nicht reichte, wurde Christian Waber (EDU/BE) zur Fraktionsbildung eingeladen. Dass Otto Zwygart, der beabsichtigte, im Herbst 2000 das Ratsmandat an Walter Donzé zu übergeben, erster Fraktionspräsident wurde, war völlig unbestritten. Von 2000 bis 2002 war Roland Wiederkehr Fraktionspräsident. Im letzten Jahr der Legislaturperiode war Heiner Studer Fraktionspräsident. Die Kommissionssitze wurde einvernehmlich zugeteilt. Wer in einer Kommission war, war als Fraktionssprecher gesetzt. Waren die Meinungen in der Fraktion geteilt, wurden die Redezeiten aufgeteilt oder der Sprecher erwähnte Mehrheit und Minderheit. So unterschiedlich wir fünf waren, hatten wir doch eine offene, engagierte und menschlich ausgezeichnete Zusammenarbeit.

Otto Zwygart zu den Anfängen der Evangelischen und Unabhängigen Fraktion: «Klein aber oho. Schon das Kleinerwerden in früheren Jahren änderte gewisse Abläufe. Der Einstieg in die neuformierte Fraktion war für mich äusserst interessant, indem im Vorfeld nach den Neuwahlen Kontakte zu den anderen Fraktionen bedeutungsvoll waren, damit möglichst die Wunschliste der Fraktionsmitglieder für ständige Kommissionen erfüllt werden konnte.»

Als Mitglieder einer kleinen Fraktion hatten wir gosszünftig Redezeit zur Verfügung. Viele Geschäfte wurden in der sogenannten Kategorie drei behandelt. Da hatten alle Fraktionen, unabhängig von der Grösse, das Recht auf Wortmeldungen. Somit konnten alle Fraktionsmitglieder zu den Themen sprechen, die ihnen wichtig waren. Bei gewissen Geschäften konnten wir auch problemlos auf Wortmeldungen verzichten.

Als Fraktion führten wir mit unseren Ehepartnerinnen eine Fraktionssitzung in Russland durch. Dank den sehr guten Beziehungen von Roland Wiederkehr konnten wir an fünf Tagen den bestmöglichen Einblick gewinnen. In mein Amtsjahr als Fraktionspräsident fielen die Wahl von Micheline Calmy-Rey als Nachfolgerin von Ruth Dreifuss im Bundesrat und der Beginn des Irakkrieges der USA. In beiden Fällen konnte ich mit einer Fraktionserklärung Stellung beziehen.

8. Die EVP/EDU-Fraktion, 2003 bis 2007

Im Jahre 2003 gewann die EDU mit Markus Wäfler (ZH) einen zweiten Sitz im Nationalrat. Leider wurde Roland Wiederkehr auf einer neuen Liste nicht wiedergewählt. Wir drei EVP- und zwei EDU-Nationalräte hatten vor Ablauf einer Woche nach den Nationalratswahlen die Fraktionsbildung hinter uns. Die uns zustehenden Kommissionssitze teilten wir im Verhältnis drei zu zwei auf, ebenso das Fraktionspräsidium. So war ich von Herbst 2003 bis Frühjahr 2006 Fraktionspräsident, Christian Waber von Frühjahr 2006 bis zum Ende der Legislaturperiode Ende November 2007. Am meisten Räsonanz hatte ich mit meinem Fraktionsvotum zur Bundesratswahl am 10. Dezember 2003.

Dort, wo es möglich war, sprach einer für die ganze Fraktion. In anderen Fällen teilten wir die Redezeit auf. Auch als EVP/EDU-Fraktion führten wir eine Fraktionssitzung ausserhalb unserer Landesgrenzen, in Norwegen, durch. Durch meine Verbundenheit zur Christlichen Volkspartei Norwegens konnten interessante politische Begegnungen stattfinden. Insbesondere wurden wir von Ministerpräsident Kjell Magne Bondevik zu einem längeren Gespräch in seinem Büro empfangen.

Die Nationalratswahlen 2007 waren für beide Parteien ernüchternd. Obwohl wir als EVP gesamtschweizerisch aufgrund der Gesamtstimmzahlen Anspruch auf fünf Nationalratssitze gehabt hätten, erreichten wir nur zwei. Die EDU verlor ihren Sitz im Kanton Zürich. Enttäuscht mussten wir unsere Fraktionstätigkeit beenden. Es waren vier unvergessliche Jahre.

9. Die CVP/EVP/glp-Fraktion, 2007 bis 2011

Nach den Nationalratswahlen 2007 mussten sich die EVP-Nationalräte Ruedi Aeschbacher und Walter Donzé neu orientieren. Im Vordergrund stand für sie aufgrund der langjährigen Erfahrung die Bildung einer kleinen Fraktion, d.h. mit der Grünliberalen Partei. Dies hätte zur Fraktionsbildung gereicht. Die glp bevorzugte jedoch ein Zusammengehen mit der CVP-Fraktion. Die CVP stellte mit 15 Ständeratsmitgliedern die grösste Gruppe in dieser Kammer. Mit der Aufnahme von glp und EVP in die Fraktion wurde sie im Nationalrat um einen Sitz stärker als die FDP/LDP-Fraktion und erreichte somit in allen Kommissionen einen Sitz mehr. Die Verhandlungen führten zu einem für alle drei Parteien positiven Resultat. Die beiden EVP-Nationalräte konnten in je zwei Kommissionen Einsitz nehmen. Die CVP-Fraktion wandelte sich in die CVP/EVP/glp-Fraktion. Erstmals wurde die EVP Teil einer Bundesratsfraktion. Die neue Fraktion funktionierte sehr gut. Uns als EVP stand von allen grossen Fraktionen die CVP-Fraktion schon längere Zeit am nächsten. Die punktuelle Zusammenarbeit in den Jahren davor war positiv.

10. In der Fraktion mit der CVP, seit 2011

Bei den eidgenössischen Wahlen im Jahr 2011 war die glp äusserst erfolgreich und bildete somit eine eigene Fraktion. Die EVP-Vertreterinnen erhielten Angebote für einen Fraktionswechsel. Sie entschieden sich jedoch, in der CVP/EVP-Fraktion zu arbeiten. Dies blieb auch nach den Wahlen von 2015 so. Allerdings gibt es seither die EVP im Fraktionsnamen nicht mehr. Die Zusammenarbeit läuft nach wie vor gut. Entscheidend ist, dass die EVP-Nationalrätin und der EVP-Nationalrat in ihrer Stimmabgabe völlig frei sind und diejenigen Vorstösse einreichen können, welche sie wünschen. Dies ist gewährleistet.

11. Entscheidend bei der Fraktionsbildung

Bei einer Fraktionsbildung ist folgendes wichtig:

In Art. 161 Abs. 1 der Bundesverfassung gibt es ein Instruktionsverbot, das wie folgt lautet: «Die Mitglieder der Bundesversammlung stimmen ohne Weisungen.» Jedes Mitglied ist für seine Stimmabgabe verantwortlich. Dies gilt sinngemäss auch für die Kantons- und Gemeindeparlamente.

Die Mitwirkung in einer Fraktion ist dann sinnvoll, wenn in wesentlichen Punkten übereinstimmende Positionen gesucht werden und wenn bei Nichtübereinstimmung die unterschiedlichen Beurteilungen sichtbar gemacht werden.

Eine Fraktionsgemeinschaft setzt voraus, dass diejenigen, die zusammenarbeiten, sich auf der zwischenmenschlichen Ebene verstehen und bereit sind, lösungsorientiert zu arbeiten.

Eine Fraktionsbildung bedingt, dass die beteiligten Parteien bereit sind, sich gegenseitig als eigenständig zu respektieren.

12. Die EVP-Vertretung im Nationalrat seit 1919

Vertretung im Nationalrat:

ZH: 1919 bis 1939: 1 Sitz, 1943 bis 1959: 1 Sitz, 1959 bis 1995: 2 Sitze, seit 1995: 1 Sitz
BE: Seit 1967: 1 Sitz
AG: 1999 bis 2007: 1 Sitz

Die Nationalrätinnen und Nationalräte seit 1919:

Hans Hoppeler (ZH), geb. 1879, 1919 bis 1939 im Nationalrat
Paul Zigerli (ZH), geb. 1883, 1943 bis 1956 (im Amt gestorben)
Willy Sauser (ZH), geb. 1908, 1956 bis 1978
Ernst Schmid-Märki (ZH), geb. 1908, 1959 bis 1968 (im Amt gestorben)
Paul Aebischer (BE), geb. 1908, 1967 bis 1971 (im Amt gestorben)
Heinrich Schalcher (ZH), geb. 1917, 1968 bis 1983
Otto Zwygart senior (BE), geb. 1911, 1971 bis 1983
Hans Oester (ZH), geb. 1931, 1978 bis 1990
Max Dünki (ZH), geb. 1932, 1983 bis 1999
Otto Zwygart junior (BE), geb. 1940, 1983 bis 2000
Niklaus Kuhn (ZH), geb. 1934, 1990 bis 1991
Ernst Sieber (ZH), geb. 1927, 1991 bis 1995
Ruedi Aeschbacher (ZH), geb. 1941, 1999 bis 2010
Heiner Studer (AG), geb. 1949, 1999 bis 2007
Walter Donzé (BE), geb. 1946, 2000 bis 2010
Maja Ingold (ZH), geb. 1948, 2010 bis 2017
Marianne Streiff-Feller (BE), geb. 1957, seit 2010
Niklaus Gugger (ZH), geb. 1970, seit 2017

Fraktionspräsidenten:

Max Dünki, Präsident LdU/EVP-Fraktion 1995 bis 1999
Otto Zwygart, Präsident Evangelische und Unabhängige Fraktion 1999 bis 2000
Heiner Studer, Präsident Evangelische und Unabhängige Fraktion 2002 bis 2003, EVP/EDU-Fraktion
2003 bis 2006